

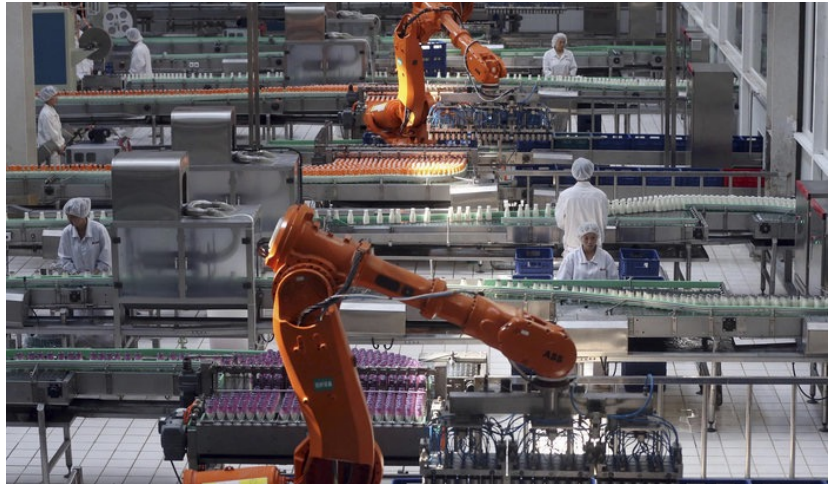
# Kein Ankerstaat mehr

## Die fetten Jahre sind vorbei: Der Strukturwandel in China hat Folgen für die deutsche Industrie

Von Jörg Kronauer

Abfüllanlage in einer Milchfabrik in Beijing.  
Die Technik lieferte der deutsche Hersteller  
ABB

Foto: China Stringer Network/Reuters



Sebastian Heilmann ist skeptisch. »Das Umfeld der Beziehungen hat sich stark verändert seit dem vergangenen Jahr«, sagt der Direktor des Mercator Institute for China Studies (Merics) in Berlin, als er anlässlich der Reise von Bundeskanzlerin Angela Merkel nach Beijing

auf das Verhältnis zwischen Deutschland und der Volksrepublik angesprochen wird. »Wir beobachten eine deutliche Abkühlung«, teilt er mit; das treffe vor allem auch auf die Wirtschaftsbeziehungen zu: »Da kommt wirklich einiges zusammen, was ungünstig ist aus deutscher Sicht. Die fettesten Jahre sind vorüber.«

China stellt seine Wirtschaft, von deren Boom die deutsche Industrie in den vergangenen Jahren so überaus stark profitiert hat, systematisch um. Schon seit einiger Zeit ist dies im Gespräch; der neue Fünfjahresplan, der in der vergangenen Woche vom Zentralkomitee der KP diskutiert wurde, klopft es nun fest: Er wird, wie Präsident Xi Jinping im Sommer berichtete, auf ein Wachstumsmodell orientieren, das nicht mehr nur von Investitionen und Exporten, sondern in deutlich höherem Maß vom Inlandskonsum getrieben wird. Das soll mit einer neuen Produktivitätssteigerung einhergehen, mit weiterer Automatisierung und Digitalisierung, mit Hightech statt Lowtech und mit höherer Wertschöpfung vor Ort. Vor allem jedoch soll es den Lebensstandard der Bevölkerung, der sich in den vergangenen Jahrzehnten schon so rasant verbessert hat, noch weiter heben. Das Vorhaben ist ambitioniert.

Allerdings hat es Folgen für die deutsche Industrie. Der Strukturwandel in China bringt es mit sich, so drückt es Merics-Direktor Heilmann aus, dass deutsche Unternehmen und Investoren »ihre Strategien grundsätzlich anpassen« müssen. Schließlich haben sie ihre Export- und Investitionserfolge auf die industrielle Grundstruktur des bisherigen Wachstumsmodells aufgebaut. »Deutsche Investitionsgüter und Automobile werden in China nicht mehr das bisherige Niveau des Nachfragewachstums erreichen«, urteilt Heilmann. Man könne bereits konkrete Beispiele nennen. So werde »die Marktveränderung in China« etwa den Werkzeugmaschinenbau hart treffen. In der Tat sind die deutschen Werkzeugmaschinen-Exporte in die Volksrepublik bereits 2013 um 12,5 Prozent eingebrochen, weil

chinesische Hersteller technologisch konkurrenzfähig geworden sind. Dabei handelt es sich nicht um Peanuts: Die Volksrepublik kaufte im Jahr 2014 immerhin noch Werkzeugmaschinen im Wert von 2,3 Milliarden Euro in Deutschland, mehr als jedes andere Land. Insgesamt stellen Maschinen, deren Marktstellung in China inzwischen in einigen Fällen gefährdet ist, rund ein Viertel der deutschen Exporte in die Volksrepublik.

Die Schwierigkeiten sind umso gravierender, als das neue chinesische Wachstumsmodell nun neue Bedürfnisse schafft, die nicht unbedingt in Deutschland befriedigt werden können. »Während die Nachfrage nach Industriegütern auf chinesischer Seite nachlässt, nimmt die chinesische Nachfrage nach Zugang zu internationalen Finanz- und Devisenmärkten stark zu«, hält Heilmann fest. »In dieser Hinsicht« aber sei »Großbritannien einfach viel besser aufgestellt als Deutschland« und könne »die gewaltige chinesische Nachfrage besser bedienen«. Nicht umsonst hatte sich Präsident Xi, kurz bevor er Kanzlerin Merkel empfing, einige Tage in Großbritannien aufgehalten und dort bedeutende Weichenstellungen angebahnt. Während die Öffentlichkeit gebannt auf neue Wirtschaftsverträge im Wert von 40 Milliarden Pfund starrte, die anlässlich Xis Aufenthalt in London geschlossen wurden, darunter die milliarden schwere chinesische Beteiligung an einem neuen britischen Atomkraftwerk, wurden hinter den Kulissen womöglich weitaus wichtigere Deals vorbereitet.

Die britische Regierung habe Xi vor allem deswegen mit großem Pomp empfangen, weil sie London zum zentralen Handelsplatz für die chinesische Währung außerhalb Asiens machen wolle, hält der renommierte Londoner Thinktank Chatham House fest. Alles deute darauf hin, dass das gelinge. Wichtige Voraussetzungen dafür hätten die chinesische Zentralbank und das Finanzministerium während Xis Aufenthalt in der britischen Hauptstadt geschaffen. Auch habe Xi vor dem britischen Parlament ausdrücklich erklärt, London sei »der führende Offshore-Renminbi-Handelsplatz nach Hongkong«. Man darf annehmen, dass die Entscheidung Großbritanniens vom März 2015, der Asiatischen Infrastrukturinvestitionsbank (AIIB) beizutreten, Beijings Wohlwollen gefördert hat: Die Ende Juni gegründete AIIB stellt eine Konkurrenz zur Weltbank dar und unterminiert damit die westliche Finanzhegemonie. Für Großbritannien, das sein ökonomisches Schicksal vor Jahren eng an die Londoner City gekettet hat, könnte sich der ungewöhnliche Kurs langfristig dennoch lohnen: Schließlich handelt es sich beim Renminbi um die Währung der wohl bald stärksten Wirtschaftsmacht der Welt.

Folgen hat all dies nicht zuletzt für die Beziehungen zwischen China und der EU. »Es ist eine strategische Verschiebung in den europäisch-chinesischen Beziehungen im Gange«, urteilt Merics-Direktor Heilmann. »Mehr als ein Jahrzehnt lang war Deutschland der Ankerstaat für das chinesische Engagement in Europa. Die Kanzlerin und ihre Regierung wurden von chinesischer Seite regelrecht umworben.« Das Zwischenergebnis: Die Volksrepublik wickelt rund 30 Prozent ihres EU-Handels mit Deutschland ab, ihrem bisherigen europäischen Kooperationspartner Nummer eins. Jetzt aber »zieht Großbritannien mit einer hyperaktiven Chinapolitik an Deutschland vorbei«, bemerkt Heilmann: »London übernimmt die führende Rolle in den Beziehungen zu China«.

Bundeskanzlerin Merkel hat sich vergangene Woche in Beijing um Schadensbegrenzung bemüht. Ob sie erfolgreich war? Man wird es abwarten müssen.